

Datum:.....

Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Rechtsschutzantrag

Antragsteller

Mitgliedsbeitrag gezahlt bis einschließlich

Straße, Hausnr.

PLZ, Wohnort

Telefon (privat)

E-Mail (privat)

GdP-Mitglied seit

8	0	0						
---	---	---	--	--	--	--	--	--

GdP-Mitgliedsnummer

Geburtsdatum

Amtsbezeichnung / Besoldungs- Entgeltgruppe

Telefon (dienstlich)

E-Mail (dienstlich)

- Private Rechtsschutzversicherung Ja, bei Nein
Der zuständige Personalrat wurde beteiligt Ja Nein

Zeitpunkt des Ereignisses: Fristablauf:.....

Ich bitte mir Rechtsschutz zu gewähren für:

- eine Rechtsberatung
- ein Verwaltungs-/ Arbeits-/ Sozialstreitverfahren
- eine Verteidigung in einem gegen mich anhängigen Disziplinarverfahren
- eine Verteidigung in einem gegen mich anhängigen Strafverfahren und
 Ich habe einen Antrag auf dienstlichen Rechtsschutz gestellt
- die Abwehr bzw. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen
- ein sonstiges Verfahren

Deine Bezirksgruppe _____

Der o.g. Rechtsschutzantrag wird mit folgender Stellungnahme der Bezirksgruppe zur Tat- und Rechtslage vorgelegt:

Datum und Unterschrift Verantwortliche/r der Bezirksgruppe

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Sachsen-Anhalt
Halberstädter Str. 40a

39112 Magdeburg



**Gewerkschaft
der Polizei**
Sachsen-Anhalt

Sachverhalt und Verfahrensstand

(Bitte Unterlagen beifügen; ggf. Beiblatt einlegen)

Ich erkläre mit meiner Unterschrift, dass ich von der Rechtsschutzordnung der GdP und deren Zusatzbestimmungen des Landesbezirks Sachsen-Anhalt Kenntnis genommen habe und diese anerkenne. Insbesondere habe ich zur Kenntnis genommen, dass

- grundsätzlich erst nach Rechtsschutzzusage durch die Rechtsschutzkommission eine Rechtsvertretung beauftragt werden darf;
- für die Einhaltung von Fristen (z.B. Verfalls-, Verjährungs- und Rechtsmittelfristen) und Termine ich selbst verantwortlich bin;
- die Gebühren des zugewiesenen Prozessvertreters bzw. zugelassenen Wahlanwaltes können von dem Landesbezirk in einem bestimmten Rahmen des Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) übernommen werden. Darüberhinausgehende Honorarvereinbarungen jedoch zu meinen Lasten gehen;
- der gewerkschaftliche Rechtsschutz nur so weit gewährt wird, als Rechtsschutz von dritter Seite (Rechtsschutzversicherung, Dienstrechtsschutz usw.) nicht erlangt werden kann,
- die Rechtsschutzzusage jeweils nur eine Instanz umfasst und inhaltlich eingeschränkt werden kann;
- bis zum Erhalt einer Kostendeckungszusage durch die Rechtsschutzkommission **keine** Kosten übernommen werden;
- ich mich mit Unterschrift einverstanden erkläre, dass meine Daten zum Zweck der Verfolgung meines Rechtsschutzzieles verwandt werden und evtl. an die DGB Rechtsschutz GmbH weitergeleitet werden. Aber auch, dass sämtliche Dokumente und Unterlagen, die im Rahmen des Verfahrens zur Akte der DGB Rechtsschutz GmbH gehören, der GdP weitergeleitet werden dürfen;
- Bzw. ich hiermit auch meinen Prozessvertreter von der Schweigepflicht gegenüber der GdP entbinde.

Datum und Unterschrift des **Antragstellers**